



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

01 + 50 ^{26.4/10}
Stadt Köln



Eingang 23. April 2010

Dezernat V - Soziales, Integration
und Umwelt

Stadt Köln – Oberbürgermeister
Dezernat für Soziales, Integration
und Umwelt
Frau Sozialdezernentin
Marlis Bredehorst
Ottmar-Pohl-Platz 1
51103 Köln

HAUSANSCHRIFT
POSTANSCHRIFT

Dr. Ursula von der Leyen
Bundesministerin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2323
FAX +49 30 18 527-2328
E-MAIL ministerbuero@bmas.bund.de

Berlin, 22. April 2010

Sehr geehrte Frau Bredehorst,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 25. März 2010, mit der Sie im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Roters eine Resolution des Rates der Stadt Köln zur Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiterleiten.

Ein großer Teil der Schreiben, die mich täglich erreichen, betrifft die künftige Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dies zeigt ganz deutlich, wie wichtig es ist, auf diesem Feld im Interesse der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und ihrer Familien, der Beschäftigten in den Grundsicherungsstellen und der politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen dauerhafte Rechtssicherheit und tragfähige Arbeitsgrundlagen zu schaffen.

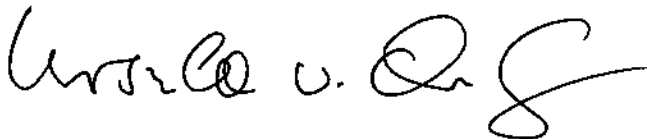
Bund und Länder haben sich darauf verständigt, dass im Sinne der Zielsetzung, alle Leistungen aus einer Hand zu erbringen, für die Neuorganisation im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) eine sichere Rechtsgrundlage in der Verfassung geschaffen werden soll. Diese Verfassungsänderung kann die bestehenden Arbeitsgemeinschaften ebenso wie die bestehenden Optionskommunen dauerhaft absichern und gewährleisten, dass weitere Optionskommunen hinzukommen können.

Die entsprechenden Gesetzentwürfe sollen noch vor der Sommerpause von den parlamentarischen Gremien abschließend behandelt werden können. Die erforderliche Änderung des Grundgesetzes hat das Bundeskabinett bereits am 31. März 2010 beschlossen.

Die Ausfüllung dieses Rahmens soll durch Änderungen des SGB II erfolgen. Der dafür erforderliche Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende und einer Verordnung über das Verfahren zur Feststellung der Eignung als zugelassener kommunaler Träger der Grundsicherung wurde am 1. April 2010 an Länder und Verbände mit der Gelegenheit zur Stellungnahme versandt und vom Bundeskabinett am 21. April 2010 beschlossen.

Wir haben mit den jetzt vorliegenden Gesetzentwürfen zur Neuorganisation wichtige Voraussetzungen geschaffen, um in konstruktivem und kooperativem Miteinander zum Erfolg zu kommen. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Einsatz lohnt, um die Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende zukunftsfest zu machen, so dass alle Beteiligten sich mit vollem Einsatz der Eingliederung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Arbeitsmarkt widmen können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ursula v. d. L.' with a stylized flourish at the end.